Nr 7 der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(1. Session der 13. Gesetzgebungsperiode)

Vorlage der Landesregierung

Gesetz

vom, mit dem das Bautechnikgesetz geändert wird

Der Salzburger Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Bautechnikgesetz, LGBl Nr 75/1976, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl Nr 36/2004, wird geändert wie folgt:

1. Im § 1 Abs 3 werden folgende Änderungen vorgenommen:

1.1. Im zweiten Satz wird das Wort „drei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

1.2. Nach dem zweiten Satz wird angefügt: „Das Vollgeschoß im Sinn dieses Gesetzes entspricht dem oberirdischen Geschoß gemäß § 32 Abs 5 ROG 1998. Für die Berechnung der Anzahl der Vollgeschoße gilt § 33 ROG 1998. In Bezug auf den Brandschutz ist § 33 Abs 2 letzter Satz und Abs 3 letzter Satz ROG 1998 nicht anzuwenden.“

2. Im § 7 Abs 1 wird das Wort „drei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

3. Im § 9 Abs 2 wird das Wort „drei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

4. Im § 12 werden geändert:

4.1. Im Abs 5 wird das Wort „drei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

4.2. Abs 6 entfällt.

5. Im § 14 Abs 1 wird im letzten Satz das Wort „drei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

6. § 21 Abs 7 lautet:

„(7) Wohnungseingangstüren müssen mindestens brandhemmend ausgeführt sein.“

7. Im § 25 Abs 6 wird die Verweisung „des Salzburger Gasgesetzes“ durch die Verweisung „des Gassicherheitsgesetzes“ ersetzt.

8. Im § 40 werden folgende Änderungen vorgenommen:

8.1. Abs 2 lautet:

„(2) In Kleinwohnhäusern genügen:

1. in Bezug auf die Durchgangshöhen und -breiten von Stiegen:

- a) eine lotrechte Durchgangshöhe von 2 m;
- b) eine Durchgangsbreite von 1 m für Hauptstiegen und von 0,90 m für zusätzliche Nebestiegen in das Keller- und Dachgeschoß;

2. in Bezug auf den Brandschutz:

- a) eine hochbrandhemmende Ausführung für tragende Bauteile;
- b) eine brandhemmende Ausführung für:
 - aa) Stiegen und Gänge,
 - bb) Decken über Hauptstiegenhäusern und Hauptgängen,
 - cc) Überdeckungen von freien Gängen (§ 14 Abs 11).“

8.2. Im Abs 3 lautet der letzte Satz: „Für Brandwände gemäß § 11 Abs 2 genügt eine hochbrandhemmende Ausführung.“

Artikel II

Art I dieses Gesetzes tritt mit in Kraft.

Informationsverfahrenshinweis:

Die Kundmachung dieses Gesetzes erfolgt nach Durchführung des Verfahrens auf Grund der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, in der Fassung der Richtlinie 98/48/EG. (Notifikationsnummer: 1003/485/A)

Erläuterungen

1. Allgemeines:

Das Gesetzesvorhaben dient der Umsetzung der Landtagsentschließung vom 6. Februar 2002 (Nr 399 BlgLT 4. Sess 12. GP) betreffend den verstärkten Einsatz von Holz als Baustoff.

Das geltende Bautechnikgesetz beinhaltet bereits diverse Erleichterungen für das Bauen mit Holz: So sind zB bei Bauten bis zu drei Vollgeschoßen unabhängig von der Art des Verwendungszwecks (Wohnbauten, Betriebsbauten udgl) tragende Wände, Wände von Hauptstiegenhäusern, Brandwände, Decken sowie Hauptstiegen aus Holz zulässig. In Einfamilienhäusern (ds gemäß § 40 Abs 3 Kleinwohnhäuser mit höchstens zwei Wohnungen) können Holzstiegen ohne verputzte oder brandhemmend verkleidete Untersicht verwendet werden. Anders ist die Situation bei Bauten mit mehr als drei Vollgeschoßen. Bei diesen ist für alle bautechnischen Anforderungen, die nach dem Bautechnikgesetz brandbeständig auszuführen sind, gemäß § 1 Abs 3 erster Satz die Verwendung von Holz als Baustoff ausgeschlossen (arg „nicht brennbar“).

Der Stand der Wissenschaft und der Holzbautechnik hat sich in den letzten Jahren, insbesondere durch die Entwicklung neuer Techniken (zB Holz-Leim-Technik), erheblich verändert. Untersuchungen zufolge zeigt entsprechend dimensioniertes Holz ein besseres Brandverhalten als Stahl, der durch Brandschutzmaßnahmen geschützt werden muss. Holzkonstruktionen sind ohne erheblichen Aufwand auf die geforderte Brandbeständigkeit F 90 auslegbar.

Aus diesem Grund soll in Hinkunft für ein weiteres Geschoß Holz als Baustoff für brandbeständige Bauteile verwendet werden können (Z 1.1 und 2, 3, 4.1 und 5) . Bei Kleinwohnhäusern (Z 8.1) soll als weitere Erleichterung für bestimmte Bauteile eine hochbrandhemmende bzw brandhemmende Ausführung genügen. Bei Einfamilienhäusern gemäß § 40 Abs 3, die an der Bauplatzgrenze oder innerhalb des Bauplatzes an andere Bauten herangebaut werden (Doppelhäuser, Reihenhäuser udgl), brauchen die Brandwände an dieser Seite nur noch hochbrandhemmend ausgeführt zu werden (Z 8.2). Für Untersichten von Holzdecken über Aufenthaltsräumen (§ 12 Abs 6) soll künftig kein besonderes Brandschutzerfordernis mehr gelten (Z 4.2).

2. Verfassungsrechtliche Grundlagen:

Art 15 Abs 1 B-VG.

3. Übereinstimmung mit dem EU-Recht:

Es besteht kein dem Gesetzesvorhaben entgegen stehendes EU-Recht. Der Gesetzesvorschlag wurde gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der

Normen und technischen Vorschriften, in der Fassung der Richtlinie 98/48/EG der Europäischen Kommission notifiziert. Einwände seitens der Europäischen Kommission oder anderer Mitgliedstaaten wurden dazu nicht erhoben.

4. Kosten:

Das Gesetzesvorhaben führt weder beim Bund noch beim Land und den Gemeinden zu einem finanziellen Mehraufwand.

5. Ergebnis des Begutachtungsverfahrens:

Der Begutachtungsentwurf wurde weitgehend positiv beurteilt. Lediglich zu Z 2 (Herabsetzung der Brennbarkeitsklasse von F 90 auf F 60 für Brandwände in Einfamilienhäusern) wurden seitens der Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau feuerschutztechnische Bedenken erhoben. Da seitens des Landesfeuerwehrverbandes Salzburg und der Landesstelle für Brandverhütung dazu jedoch keine Einwände erhoben wurden, wird am Vorschlag festgehalten.

6. Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Z 1.2:

Das Vollgeschoß – der Begriff ist seit der Novelle LGBl Nr 10/1999 im ROG nicht mehr enthalten – wird gesetzlich dem oberirdischen Geschoß gemäß dem Salzburger Raumordnungsgesetz gleichgesetzt. Die Berechnung der Anzahl der Geschoße richtet sich nach § 33 ROG. In Bezug auf den Brandschutz werden jedoch die im ROG vorgesehenen Begünstigungen für das unterste Geschoß (§ 33 Abs 2 letzter Satz ROG 1998) und den Kniestock im Dachgeschoß (§ 33 Abs 3 letzter Satz ROG 1998) nicht übernommen. Dh, dass in Bezug auf die Einhaltung brandschutztechnischer Anforderungen auch Dachgeschoße, die innerhalb der 45 Grad zur Waagrechten geneigten gedachten Umrissfläche bleiben, uneingeschränkt einzurechnen sind.

Zu Z 6:

Mit dieser Bestimmung wird eine Brandschutzanforderung für Wohnungseingangstüren geschaffen. Sie haben mindestens brandhemmend ausgeführt zu sein. Diese Anforderung ist insbesondere bei der Verwendung von Holztüren problemlos zu erfüllen. Andererseits wird dadurch die Sicherheit von Personen im Brandfall wesentlich erhöht.

Zu Z 8.1:

Die Brandschutzanforderungen für Kleinwohnhäuser werden für bestimmte Bauteile herabgesetzt (§ 40 Abs 2 Z 2): In Hinkunft müssen tragende Bauteile nur mehr der Brandschutzqualifikation hochbrandhemmend (F 60) entsprechen. Decken über Hauptstiegenhäusern und

Hauptgängen sowie freie Gänge und deren Überdeckungen (§ 14 Abs 11) haben nur mehr der Brandschutzqualifikation brandhemmend (F 30) zu entsprechen. Für Stiegen und Wände von Hauptstiegenhäusern und Hauptgängen genügte dies schon bisher (s §§ 40 Abs 2 und 10 Abs 5).

Zu Z 8.2:

Die Brandschutzanforderungen in Einfamilienhäusern werden für Brandwände gemäß § 11 Abs 2 herabgesetzt, für Dachschrägen gemäß § 9 Abs 4 dagegen erhöht: Die Brandwände von gekuppelt errichteten oder innerhalb des Bauplatzes aneinander gebauten Bauten müssen gleich wie die tragenden Bauteile solcher Bauten künftig nur noch hochbrandhemmend ausgeführt werden. Umgekehrt entfällt die bisherige Ausnahme für Dachschrägen mit der Funktion einer Außenwand für Wohnungen oder Aufenthaltsräumen (§ 40 Abs 3 letzter Satz). Künftig ist eine mindestens brandhemmende (F 30) Ausführung erforderlich. Damit wird die Sicherheit von Personen im Brandfall erhöht.

Die Landesregierung stellt sohin den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Das vorstehende Gesetz wird zum Beschluss erhoben.
2. Die Gesetzesvorlage wird dem Verfassungs- und Verwaltungsausschuss zur Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.